

**Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg
Beschluss des Landesparteirates
in Belzig, am 5. April 2008**

**In Zeiten des demographischen Wandels:
Brandenburger Schullandschaften zukunftsfähig gestalten!**

Die brandenburgische Bildungsmisere ist hausgemacht

Das brandenburgische Schulsystem ist im deutschland- und europaweiten Vergleich (Stichwort PISA) auf den hinteren Rängen zu finden. Brandenburg ist Spitze bei der Zahl der SchulabbrecherInnen (10,6% der Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss) und hat in der weiteren Folge auch den höchsten Anteil an AusbildungsabbrecherInnen in Deutschland. Nirgends wird so wenig Geld für allgemeinbildende und berufliche Schulen aufgewendet wie in Brandenburg.

Nach einer vom Finanzministerium beauftragten Vergleichsstudie von 2006 stellt Brandenburg verglichen mit den ostdeutschen Bundesländern ca. 390 Mio EUR und verglichen mit den finanzschwachen westdeutschen Bundesländern ca. 710 Mio EUR weniger für das schulische Bildungssystem zur Verfügung. Unter dem Spardiktat des Finanzministers ist das Schulsystem chronisch unterfinanziert, sind die Lehrkräfte überaltert und werden z.T. gegen ihren Willen fachfremd und wohnortfern eingesetzt. Junge LehrerInnen haben kaum Chancen auf Festanstellungen. SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen in Brandenburg haben besseres verdient.

Die rückläufigen Schülerzahlen in Brandenburg sind keine Überraschung, sondern waren nach dem wendebedingten Geburtenrückgang und der fortgesetzten Abwanderung schon lange absehbar.

Demographischer Wandel bedeutet aber nicht nur, dass auf Grund gesunkener Geburtenzahlen weniger Kinder als früher eingeschult werden, sondern erzeugt in Brandenburg auch eine gegenläufige Entwicklung. Während die Situation durch die fortgesetzte Abwanderung in den berlinfernen Regionen prekär wird, steigen die SchülerInnenzahlen im berlinnahen Bereich durch Zuwanderung bereits wieder an. Ein übergreifendes Bildungs- und Erziehungskonzept muss beiden Entwicklungen gleichermaßen gerecht werden.

Schülerinnen und Schüler sind im berlinfernen Raum Brandenburgs selten geworden. Gegenüber dem Höchststand Mitte der neunziger Jahre sind die SchülerInnenzahlen inzwischen um die Hälfte zurückgegangen, bis 2020 ist auf Grund des demografischen Echos auf den Geburtenknick mit einem Rückgang um ein weiteres Drittel zu rechnen.

Wenn weniger SchülerInnen ihren Abschluss machen, stehen damit auch weniger gut ausgebildete heimische Fachkräfte dem Arbeitsmarkt in Brandenburg zur Verfügung. Die sozialen Kosten des Scheiterns von Kindern und Jugendlichen werden vor Ort schnell sichtbar und spürbar. Die gesellschaftlichen Aufwendungen für SchulabbrecherInnen übersteigen oft ein Vielfaches die Leistungen, die bei individuellen Förderkonzepten erforderlich gewesen wären.

In keinem Bundesland nehmen zudem weniger AbiturientInnen ein Hochschulstudium auf als in Brandenburg. Nur 13,5% eines Altersjahrgangs erlangen einen Hochschulabschluss – auch hierbei sind alle anderen Bundesländer besser. Brandenburg ist auch einsames Schlusslicht bei der an der Studierendenzahl gemessenen finanziellen Ausstattung der Hochschulen. Die Attraktivität des Studienstandortes Brandenburg leidet darunter. Die Zahl derer, die das Bundesland zum Studium verlassen, übersteigt die Zahl derjenigen, die nach Brandenburg zum Studium kamen deutlich, im Jahr 2005/6 um 16.900.

Neue Lösungsansätze sind daher im Bildungssystem mehr als notwendig. Wir begreifen die durch den demografischen Wandel bedingten Veränderungen als Chance, Bildung neu zu definieren und auszurichten.

Gute Bildung von Anfang an - Aus Kindergärten werden Bildungsräume

Kindergärten dienen in unseren Augen nicht nur der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sie sind vorrangig Orte frühkindlicher Bildung: Kinder brauchen Kinder! "Auf den Anfang kommt es an!" Das kommt heute immer mehr ins Bewusstsein und ist keine Vorverlagerung der Schule in den Kindergarten hinein, sondern achtet den Eigenwert kindlicher Entwicklungsprozesse. Eine qualitativ hochwertige Kita nimmt die große Neugier und Kreativität von Kindern auf und befriedigt deren ureigenste Grundbedürfnisse nach Welterfahrung.

Schon im Kindergarten lernen Kinder, andere zu tolerieren und zusammen zu arbeiten. Mit anderen Worten: Teamwork und soziale Kompetenzen sind hoch gefragte Qualifikationen in der globalisierten Welt.

Kindertagesstätten brauchen die Möglichkeit, Kinder aus bildungsfernen Haushalten gezielt zu fördern und Kindern mit Sprachschwierigkeiten Unterstützung zu geben. Wir wollen, dass die Kitas offene Orte für Kinder, deren Eltern und ErzieherInnen sind, dass hier gemeinsam eine Erziehungspartnerschaft entwickelt wird. Damit die Kitas auch denen zu Gute kommen, die sie am meisten brauchen, Kindern aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien, fordern Bündnis 90/Die Grünen einen Rechtsanspruch ab dem 1. Lebensjahr, langfristig verbunden mit einer Gebührenfreiheit für alle Kinder. Für das letzte Vorschuljahr soll der Kita-Besuch verbindlich und kurzfristig beitragsfrei eingeführt werden.

Grundlage für ein solches Konzept ist die weitere Verbesserung der Qualifikation der ErzieherInnen. Wie in anderen europäischen Ländern müssen zumindest neu berufene Kita-LeiterInnen einen päd-

gogischen Fachhochschulabschluss vorweisen können. In Einrichtungen mit mehr als 70 Kindern sollte dies Standard sein. Das Fort- und Weiterbildungssystem ist auszubauen.

Die Schule im Dorf lassen – Chancen nutzen, Qualität verbessern

In Brandenburg werden immer noch Grundschulen geschlossen. Dabei sind Grundschulen häufig der einzige noch verbliebene öffentliche Ort in den Gemeinden. Die mit der Konzentration der Schulstandorte verbundenen langen Fahrtwege zur nächsten Schule sind für SchülerInnen und Eltern eine Belastung.

Während im Einzugsgebiet um Berlin Investitionen in Schulneubauten notwendig sind, geht es in den berlinfernen Regionen um Standortsicherung. Bündnis 90/Die Grünen fordern die Aufrechterhaltung der lokalen Grundschule, wo immer dies möglich ist. In bevölkerungsarmen Gegenden ist die Einrichtung von Kleinstschulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht eine akzeptable Möglichkeit.

Um erhaltenswerte und perspektivisch benötigte Schulstandorte über den Tiefpunkt der Schülerzahlentwicklung hinaus bewahren zu können, plädieren Bündnis 90/Die Grünen für zeitlich begrenzte Ausnahmeregelungen zur Absenkung der MindestschülerInnenzahl pro Klasse. Eine geringere Anzahl von SchülerInnen darf nicht zu einem Verlust an Bildungsqualität führen und muss dies auch nicht.

Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich ausdrücklich gegen eine Mindestzahl von Klassenzügen für alle Schultypen aus und plädieren für eine Absenkung der MindestschülerInnenzahl pro Klasse auf 12. Eine geringere Anzahl von SchülerInnen darf nicht mit Verlust an Bildungsqualität einhergehen und muss dies auch nicht. Im Gegenteil: Kleinere Klassen erlauben es den LehrerInnen, gezielt auf die SchülerInnen einzugehen und ihre Stärken und Schwächen besser zu erkennen.

Wir wollen, dass FachlehrerInnen standortübergreifend eingesetzt werden. Statt vieler SchülerInnen sollen wenige LehrerInnen fahren.

Die Schule, und besonders die Grundschule, muss stärker als bisher ein Ort des Ausprobierens und Kennenlernens werden. SchülerInnen sollen hier an Projekten und in Gruppen lernen und ihren eigenen Interessen und Talente entdecken können.

Die Kraft regionaler AkteurInnen, wie Vereine und Verbände, Unternehmen und Verwaltungen soll gebündelt werden und bereits in der Grundschule dazu beitragen, in einer regionalen Bildungslandschaft die Qualität der Bildung zu verbessern.

Für Bündnis 90/Die Grünen gilt nach wie vor der Vorrang der Integration vor getrenntem Leben und Lernen in Kitas und Schulen für Kinder mit Behinderungen. Das fördert letztlich die Sozialkompetenz aller Beteiligten.

Wir fordern im gesamten Bildungswesen eine besondere Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte. Unser Ziel ist es, insbesondere den Anteil von Jungen mit schlechten Bildungskarrieren zu verringern.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die Schule als Lernort der Demokratie gestärkt wird. Wir unterstützen die Aktion „Schule ohne Rassismus“. Wir wollen angesichts des mangelnden

Wissens junger Menschen über die DDR (siehe FU-Studie zum DDR-Bild heutiger SchülerInnen), dass der deutschen Geschichte in allen ihren Facetten, aber besonders dem Leben und Widerstehen in der DDR einschließlich der friedlichen Revolution mehr Raum gegeben wird. Zeitzeugen sind in den Lernprozess zu integrieren und außerschulische Lernorte bewusst mit einzubeziehen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich perspektivisch für ein integratives Schulsystem bis zur 10. Klasse ein. Im ländlichen Raum ist die Konkurrenz von Oberschulen und Gymnasien zusätzlich unsinnig, da sie für viele SchülerInnen die Schulwege sinnlos verlängern. Als kurzfristige Schritte müssen zumindest die starren Kriterien zur Gymnasialzulassung gelockert werden und der Elternwille stärker respektiert werden. Die Durchlässigkeit von der Oberschule zum Gymnasium muss vereinfacht werden.

An den Standorten, an denen die SchülerInnenzahlen es zulassen, ist mittelfristig allen Oberschulen der Aufbau gymnasialer Oberstufen nach dem Konzept der noch verbliebenen Gesamtschulen zu ermöglichen. Für die Gesamtschulen ist im Schulgesetz ein Bestandsschutz festzuschreiben. Wenige geburtenschwache Jahrgänge dürfen den Eltern- und Schülerwillen zukünftiger Jahrgänge nicht einschränken. Längeres gemeinsames Lernen ist seit jeher bündnisgrünes Bildungsverständnis und wurde durch viele Studien als erfolgreich befunden.

Progressive reformpädagogische Ansätze müssen in das staatliche brandenburgische Schulsystem integriert werden. Reformpädagogische Schulen in freier Trägerschaft werden von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt und sind finanziell staatlichen Schulen gleichzustellen. Sie dürfen keine Schülerinnen und Schüler aus finanziellen Gründen zurückweisen.

Die Reduzierung der Schulzeit bis zum Abitur auf insgesamt 12 Jahre für alle ist keine angemessene Antwort auf die unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten der SchülerInnen. Wir wollen die Durchlässigkeit der verschiedenen Schulformen verbessern durch individuelle Formen der Schulzeitverkürzung in allen Schulstufen und durch das Angebot einer zwei- bis dreijährigen gymnasialen Oberstufe.

Auch die weiterführenden Schulen sollten von einer Werkstattatmosphäre im Lernalltag geprägt sein und von Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen profitieren.

Nicht die wirtschaftliche Verwertbarkeit der SchulabsolventInnen, sondern die ganzheitliche Bildung der Einzelnen muss Ziel der Schule sein. Nichts desto trotz spielt die Einbindung von lokalen WirtschaftsakteurInnen in die Arbeit der Schule eine wichtige Rolle als unerlässlicher Praxisbezug in unserer heutigen Gesellschaft. Schulbegleitende Praktika können den SchülerInnen berufliche Zukunftsperspektiven in ihrer Region aufzeigen.

Schulwege müssen für die SchülerInnen verkraftbar sein und dürfen höchstens eine Stunde pro Weg betragen. Das öffentliche Fahrtangebot ist auf die Bedürfnisse der SchülerInnen auszurichten und muss durch Landeszuschüsse kostenfrei werden, damit weiterführende Bildung nicht an diesem Kostenfaktor scheitert. Wir begrüßen die voraussichtliche Übernahme des Gesetzentwurfes der Volksinitiative „Kein Busgeld“ durch den Landtag, halten dies jedoch nur für einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die Forderung nach einem Landes-Ausbildungsförderungsgesetz für einkommensschwache Familien und die Einrichtung eines Schulsozialfonds für kostenintensive Ausbildungsinhalte (z.B. Exkursionen, Zugang zu IT-Techniken). Dieser

Fonds soll vom Schulträger verwaltet und sowohl durch öffentliche als auch private Mittel gespeist werden. Wir halten die Einführung einer Lernmittelfreiheit für selbstverständlich.

Regionale Bildungslandschaften aufbauen

Um Bildungsprozesse erfolgreich zu gestalten, müssen die örtlichen Bildungsakteure nicht nur sehr gut arbeiten, sondern auch sehr gut zusammen arbeiten! Familien, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereine, Kulturinstitutionen, Ausbildungsbetriebe und die regionale Wirtschaft müssen ihren Beitrag leisten, damit alle Kinder- und Jugendlichen in einer Gemeinde, einer Stadt oder einem Kreis so gut wie möglich gefördert und unterstützt werden, um optimale Lern- und Entwicklungschancen zu bekommen.

Bündnis 90/Die Grünen schlagen vor, die kommunale Schulentwicklungsplanung, die Jugendhilfeplanung und die Sozialplanung auf Kreisebene zusammen zu führen und an gemeinsamen Leitbildern für eine gute Bildung in der Region auszurichten. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt eines optimalen Einsatzes der knappen Mittel bei öffentlichen und privaten Trägern und Anbietern ist es überfällig, sich zusammen zu setzen, gemeinsame Handlungsprogramme zu planen, umzusetzen und ihre Wirkungen zu evaluieren. Wenn SchülerInnen Angebote benachbarter Schulen nutzen, können Doppelstrukturen vermieden und zusätzliche Angebote geschaffen werden.

Es bestünde die Chance, für jede Schule in einem solchen Kooperationsmodell anspruchsvollere und stärker spezialisierte Bildungsprofile zu entwickeln. Durch lokale Vereinbarungen können Schulen entlastet und das Angebotsspektrum einer Region deutlicher an übergeordneten lokalen fachpolitischen Zielen und Interessen der beteiligten AkteurInnen entlang entwickelt werden – zum Nutzen der Kinder und Jugendlichen.

Die Einbeziehung möglichst vieler KooperationspartnerInnen bezeugt auch die Vielfalt von Lerninhalten, die an die Kinder und Jugendlichen weiter gegeben werden können. Hier kommt eine Vielfalt von Netzwerken und PartnerInnen in Frage, z.B. der Landkreis als Partner der Jugendhilfe, die Kindertagesstätten, Sozialvereine, Sportvereine oder Musikschulen. Bündnis 90/Die Grünen wollen bestehende Kooperationen von Schulen über Schullandschaften hinaus zu Bildungslandschaften weiter entwickeln.

Ein erster Schritt zur Entwicklung regionaler Bildungslandschaften ist die Schaffung lokaler Bildungsbüros als Servicestellen zur Koordination des Erfahrungsaustauschs. Diese sollten auf höchster kommunalpolitischer Ebene angebunden werden (Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister). Bei der Entwicklung der erforderlichen Kooperationskultur sollten die kommunalen Träger von Bildung und Kultur mit gutem Beispiel voran gehen, um so die anderen Partner in der Region zum aktiven Mitgestalten zu bewegen.

Schulräume können nach Unterrichtschluss zum Treffpunkt für lokale Initiativen, Vereine oder Raum für KünstlerInnen und für Veranstaltungen sein. Die Schulbibliothek kann für Publikum zur Erweiterung des Bibliothekangebotes vor Ort geöffnet werden. Ebenso könnte der NutzerInnenkreis für die Multimediaaustattung erweitert werden.

Zu den regionalen Bildungslandschaften gehören auch die Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstitute. Deren Vernetzung und die damit verbundene Möglichkeit zum lebenslangen Lernen kann auch ein Grund sein, nach Brandenburg zu kommen – oder hier zu bleiben.

Ganztagsangebote verbessern

Mit der Entwicklung von Ganztagschulen, durch die inzwischen vorhandenen Ganztagsangebote und durch Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe haben viele Gemeinden, Kommunen und Regionen sich bereits ein bildungspolitisches Profil erarbeitet.

Bündnis 90/Die Grünen begrüßen ausdrücklich diese Entwicklung, denn Ganztagschulen schaffen Freiräume für offene Lernformen und individuelle Förderung jenseits einer Unterrichtsstunde von 45 Minuten. Die Neugier der SchülerInnen kann durch Angebote zum Selber-Lernen, wie z.B. Bibliotheken, Sprach- und Medienlabore, sinnvoll ergänzt werden. Workshops zur Stärkung der naturwissenschaftlichen und technischen Fächer sind von hoher Bedeutung für Kinder und Jugendliche. Wesentlichen Einfluss hat eine an praktischen Maßstäben ausgerichtete Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen auf die berufliche Orientierung und das Studium.

Mitbeteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern ausbauen

Öffentlicher Raum bedeutet in unserer Gesellschaft auch immer gelebte Demokratie. Und wo ließe sich besser die Demokratie erlernen als in der Schule? Die SchülerInnen und Eltern müssen noch besser befähigt und ermutigt werden, die vorhandenen Mitgestaltungsmöglichkeiten zu nutzen, um sich aktiv an schulischen Entscheidungen zu beteiligen. SchülerInnen und Eltern müssen in schulische Entscheidungen und Diskussionen mit einbezogen werden, und zwar mit Stimmrecht. Eine Hausordnung, die sich die SchülerInnen selbst geben, ist mit mehr Nachdruck versehen als das Dekret aus dem DirektorInnenzimmer. Dafür ist die Schulkonferenz als wirkungsvolles Gremium weiter zu entwickeln.

Zahlreiche Privatschulen sind hier ein gutes Beispiel und zeigen, dass solche Aktivitäten und Initiativen möglich sind. Und mit der intern praktizierten Demokratie sind auch die SchülerInnen und Eltern besser vorbereitet für die Anwendung der Demokratie in unserer Gesellschaft.

Bündnis 90/Die Grünen setzen auf mehr direkte Demokratie. Demokratie bedeutet, sich einmischen zu können. Echte Beteiligung motiviert zum Mitmachen. Sie ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit. Wir wollen, dass es in jeder Gemeinde und in jeder Stadt des Landes Brandenburg eine Sprechstunde für Kinder und Jugendliche gibt, wo sie ihre Anliegen den GemeindevertreterInnen, Stadtverordneten und BürgermeisterInnen vortragen können.

Bündnis 90/Die Grünen machen sich stark dafür, dass verschiedene Formen der demokratischen Willensbildung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden. Dazu gehören u.a. die Förderung bzw. der Ausbau von Jugendparlamenten mit echten Entscheidungsmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden sowie die Einbindung von Jugendlichen in kommunale Entscheidungsprozesse. Wichtig sind dabei echte Einflussmöglichkeiten, verständlich aufbereitete Informationen der Verwaltung und eine finanzielle Ausstattung, die diese ehrenamtliche Arbeit ermöglicht.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen den Aufbau von regionalen Elternvertretungen für Kindertagesstätten. Aus unserer Sicht haben Elternvertretungen eine hohe Bedeutung.

**Anhang:
Statistische Daten**

Im laufenden Schuljahr besuchen 223 800 Kinder und Jugendliche allgemeinbildende Schulen, das sind ca. 4,2 Prozent weniger als 2006/7.

Bereits seit 1989 ist ein starker Rückgang der Schülerzahlen, besonders in den Grundschulen zu verzeichnen. Dieser Trend setzt sich nun auch für die Sekundarstufen I und II fort. Während 1995/6 noch 183.172 Kinder die Brandenburgischen Grundschulen besucht haben, sind es 2005/6 nur noch 92.518, also ca. die Hälfte der Schülerinnen und Schüler.

Im Schuljahr 1995/6 sind 148.737 Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I, und 36.809 Schülerinnen und Schüler in der Sekundärstufe II, in Gesamtschulen, Oberschulen und Gymnasien gegangen.

Dramatisch zeigen sich im Schuljahr 2005/6 Jahr auch bei der Sekundarstufe I starke Rückgänge der Schülerzahlen. So besuchten nur noch 97.798 Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I.

Nur in der Sekundarstufe II ist im Moment ein leichter Aufwärtstrend zu verzeichnen. Immerhin haben 2005/6 noch 42.804 die Schulen der Sekundarstufe II besucht.

Bis 2020 werden voraussichtlich ca. ein Drittel weniger SchülerInnen als noch 2005 in Brandenburg die Schulbank drücken; damit verliert Brandenburg prozentual die meisten SchülerInnen im Bundesvergleich.